



Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal

Herrn Oberbürgermeister Peter Jung

Es informiert Sie BettinaBrücher
Anschrift Rathaus Barmen
42275 Wuppertal
Telefon (0202) 563-62 04
Fax (0202) 59 64 88
E-Mail bettina.bruecher@gruene-wuppertal.de
Datum 22.04.2010
Drucks. Nr. VO/0374/10
öffentlich

Antrag

Zur Sitzung am	Gremium
12.05.2010	Hauptausschuss
17.05.2010	Rat der Stadt Wuppertal

Initiativkreis "Pro Wettbewerb im Strommarkt" - Gegen längere Laufzeiten von AKWs

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN beantragt, die Mitglieder des Hauptausschusses und des Rates der Stadt mögen folgenden Beschluss fassen:

Der Rat der Stadt Wuppertal fordert die Aufsichtsratsmitglieder der WSW (PolitikerInnen, VerwaltungsvertreterInnen, ver.di-VertreterInnen und WSW-BetriebsrätInnen) auf, sich dafür einzusetzen, dass sich die WSW dem Initiativkreis „Pro Wettbewerb im Strommarkt“ anschließen.

Begründung:

Der Rat der Stadt Wuppertal unterstützt das Engagement der mehr als 150 Stadtwerke, die sich mit dem Ziel zusammengeschlossen haben, die Vormachtstellung der vier großen Atomkraftwerksbetreiber zu verringern und sich gegen die geplante Verlängerung der Laufzeiten von AKWs wenden, weil damit katastrophale Auswirkungen auf den Wettbewerb im deutschen Stromerzeugungsmarkt zu befürchten sind.

Zu diesem Ergebnis kommt ein von den 150 Stadtwerken beauftragtes Gutachten des Beratungsunternehmens enervis und Becker Büttner Held.

Eine Laufzeitverlängerung von AKWs würde "die oligopolistische Marktstruktur zementieren."

Und: "Die Auswirkungen einer Laufzeitverlängerung stehen damit in evidentem Widerspruch zu den Zielen der deutschen Energiepolitik - Wettbewerb, Preisgünstigkeit und Umweltverträglichkeit - und widersprechen auch den Vorgaben des europäischen Wettbewerbsrechts."

Die Weichenstellung für den notwendigen Ausbau der regenerativen Energien und der Kraft-Wärme-Kopplung würde darüber hinaus massiv blockiert.

Die an der Initiative „Pro Wettbewerb im Strommarkt“ beteiligten Stadtwerke fordern die Bundesregierung auf, die Kraftwerksbetreiber dazu zu verpflichten, im Falle einer Laufzeitverlängerung alte Kohlekraftwerke stillzulegen. Unabhängig von der Reaktion der Bundesregierung behalten sie sich rechtliche Schritte gegen die Umsetzung einer Laufzeitverlängerung vor.

Mit freundlichem Gruß

Klaus Lüdemann
Stadtverordneter

Peter Vorsteher
Fraktionsvorsitzender